

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888**

20.4.1888 (No. 109)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 20. April.

№ 109.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gesaltene Zeitspalt über deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

## Dichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 19. April.

Die Nachrichten aus dem Charlottenburger Schlosse lassen eine entschiedene Besserung im Befinden Seiner Majestät des Kaisers, welche geeignet wäre, die Beforgnisse im Publikum zu zerstreuen, leider noch nicht erkennen. Aus einem heute Mittag ausgegebenen Extrablatt wiederholen wir nachfolgende Depeschen:

Berlin, 19. April. Eine Extraausgabe des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht folgendes Bulletin von gestern Abend 9 Uhr: „Bei Seiner Majestät dem Kaiser ist heute Abend wieder eine Steigerung des Fiebers und stärkere Beschleunigung der Athmung eingetreten. In Folge dessen ist auch das Allgemeinbefinden nicht so gut. Madenzie. Wegner. Krause. Howell. Leyden.“

Berlin, 19. April. Wie an den vorhergehenden Abenden so hat auch gestern Abend bei Seiner Majestät dem Kaiser das Fieber nicht unerheblich zugenommen. Der Kaiser ist etwas angegriffener wie bisher. Allerhöchsterseits war vor neun Uhr schlafen gegangen. Die Wucherungen des örtlichen Leidens haben sich weiter nach unten in die Luftröhre verbreitet. Die Respiration ist ziemlich beschleunigt.

Berlin, 19. April. Die Nacht ist für den Kaiser verhältnismäßig ziemlich leicht verlaufen, jedoch dauern Fieber, Schwäche und die Beschleunigung der Athmung fort. Augenblicklich (das Telegramm ist um 11 Uhr 25 Minuten ausgegeben) findet eine ärztliche Berathung statt.

Etwas beruhigender lauten glücklicher Weise die im Laufe des Nachmittags eingetroffenen Nachrichten. Es wird uns gemeldet:

Berlin, 19. April. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgendes Bulletin: „Nach der ärztlichen Berathung erscheint der Zustand Seiner Majestät des Kaisers nach der letzten Nacht befriedigender. Das Fieber ist heute vermindert, das Allgemeinbefinden besser, jedoch erscheint andauernde Bettruhe erforderlich.“

Für den heutigen Wiederbeginn der Kammerverhandlungen in Paris sind von der Regierung Vorkehrungen getroffen worden, die besser als alles Andere die gegenwärtige innere Situation in Frankreich kennzeichnen. Ein Theil der Truppen ist in den Kasernen konfignirt, um bei etwaigen Unruhestörungen sofort bei der Hand zu sein; das Palais Bourbon ist durch einen starken Polizeicordon abgesperrt und die das Gebäude umgebende Mauer mit einem Stachelkamm versehen worden, welcher das Erlettern der Mauer unmöglich macht. Zu solchen Maßregeln sehen die Behörden sich veranlaßt, um die Freiheit der vom Volk Erwählten gegen das Volk zu garantiren. Es ist den unaufrichtigen mit allen Mitteln betriebenen Agitationen gelungen, bei einem Theil der Bevölkerung die Kammer und den Parlamentarismus zu diskreditiren und in den Köpfen einer leicht erregbaren Menge den Wahn zu erzeugen, daß die Kammer, statt die Interessen des Landes wahrzunehmen, der schlimmste Feind dieser Interessen sei. Wenn die Boulangisten unausgesetzt den Haß gegen die Kammer schüren, so zeigt sich der Führer dieser Partei keineswegs bemüht, den Eifer seiner Anhänger in der Presse zu dämpfen. Boulanger selbst hat den Ton für diese Anfeindung des Parlamentarismus angeschlagen, am deutlichsten in seinem Manifeste an die Wähler der Dordogne, in welchem er in den stärksten und verächtlichsten Ausdrücken von dem Parlamente redete. Die Vorsichtsmaßregeln der Regierung liefern den Beweis dafür, daß dieselbe nichts verabsäumt, um den Versuch eines Attentates auf die Freiheit der Kammer energisch zurückzuweisen; indessen deutet einwillen nichts darauf hin, daß der boulangistische Anhang in Paris stark genug wäre, eine größere Kundgebung zu veranstalten. Die Absicht ist leicht erkennbar, wenn die boulangistischen Blätter erst zu Demonstrationen vor der Kammer auffordern und dann, wie es heute geschieht, in letzter Stunde Gegenordere geben und ihre Gesinnungsgenossen auffordern, sich der Kundgebungen zu enthalten: man will eine Demonstration hervorrufen, aber gleichzeitig gegen einen Mißerfolg derselben gedeckt sein, um die Schwäche der boulangistischen Partei in Paris auf solche Weise zu verschleiern.

## Deutschland.

\* Berlin, 18. April. Seine Majestät der Kaiser hatte am heutigen Vormittag eine etwa halbstündige Konferenz mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck und nahm am Nachmittag auch noch einen längeren Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Kavallerie und Generaladjutanten von Albeßill, entgegen. An dem heutigen

Diner nahmen nur die Prinzessinnen-Töchter Victoria, Sophie und Margarethe theil.

Die „Königliche Zeitung“ bringt folgende wehmüthige Reminiscenz:

Seit vor 24 Jahren stand der Kaiser Friedrich in der Gammelmarskatterie und auf dem Spießberge vor Düppel und betheiligte sich an der Erstürmung der Düppeler Schanzen, die für ewige Zeiten in der rühmreichen Geschichte des preussischen Heeres verzeichnet bleiben wird. Hier waren ebenbürtige Gegner, deren Höchstkommantirender, General Duplat, den Tod auf dem Wahlplatze fand, hier wurde mit unbegreiflicher Tapferkeit auf beiden Seiten gefochten, aber die preussischen Truppen waren im begeisterten Ansturm den heldenmüthigen Dänen überlegen; das Auge des tapfern Königssohnes, der sich wegen seiner Unerfahrenheit und Tapferkeit im Feuergefecht schon wenige Wochen vorher die Schwerter zum Nothen Adler-Orden errungen hatte, entflammte die braven Truppen zu heldenmüthiger Vegetierung. General v. Raven rief tödtlich getroffen aus: „Es ist Zeit, daß wieder einmal ein preussischer General für seinen König stirbt“, und am Abend des 18. April 1864 wehte der preussische Adler von dem dänischen Bollwerke herab, um dasselbe nicht mehr zu verlassen. Lob und Dank spendete damals der Kronprinz den braven Soldaten. Den 3ten rief er zu: „Ihr seid ja wahre Eisenreiter! Wie wird sich der König freuen, wenn ich ihn von euren Heldenthaten erzähle!“ Seitdem sind 24 Jahre des schwersten Kampfes, des unausgesetzten Ringens vergangen, und jetzt, welche Wandlung! Der unergiebliche Feld liegt auf dem Krankenbette und in schwerster Besorgniß lauscht ganz Deutschland, lauscht die Welt auf die traurigen Nachrichten, die aus dem Stadtschlosse zu Charlottenburg kommen. Aber bis zum letzten Augenblicke bleibt Kaiser Friedrich sich treu. Furcht und Zaghaftigkeit kennt er nicht, Unerfahrenheit und Gleichmuth zeichnen ihn heute wie vor 24 Jahren in unergieblichem Glanze aus.

Das hiesige Unterstützungskomitee für die von den Ueberschwemmungen Betroffenen beschloß, 461 000 Mark zu verteilen und 700 000 Mark in Reserve zu behalten. Letztere Summe soll zur Wiederherstellung der Wohnungen und zur Futterbeschaffung für das Vieh Verwendung finden, um die Nothleidenden wieder erwerbsfähig zu machen.

Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf über die Verleihung der Korporationsrechte an die Niederlassungen geistlicher Orden zugegangen.

Der „Reichsanzeiger“ publizirt die Verleihung des Sterns zum Kronenorden zweiter Klasse an Professor Ruffmann.

Weimar, 18. April. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin haben sich gestern nach dem Haag begeben.

München, 18. April. Die „Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Ueber das Befinden Seiner Majestät des Königs Otto waren in den letzten Tagen hier mehrfach sehr ungünstige Nachrichten verbreitet, die auch in politischen Kreisen besprochen wurden; ja man brachte sogar die Thatsache, daß der Landtag nicht geschlossen, sondern vertagt wird, mit diesen Gerüchten in Verbindung. Auf Erkundigung an zuständiger Seite wird uns die Auskunft, daß das körperliche Befinden des Königs ein relativ gutes, während in dem traurigen Stande der geistigen Erkrankung kein Wechsel eingetreten ist. Alles, was über Verschlimmerungen verbreitet wird, sind vollständig aus der Luft gegriffene Erfindungen. Die Vertagung des Landtags (anstatt einer Schließung desselben) steht mit dem Gesundheitszustande des Königs in absolut keinem Zusammenhange; für die Vertagung war vielmehr die Absicht maßgebend, die Präsidien zc. der Kammern zu den im Laufe des Jahres in Aussicht stehenden Festlichkeiten zuziehen zu können.“ Ihre Majestät die Königin von Sachsen wird morgen Nachmittag auf der Rückreise von Riva nach Dresden den hiesigen Bahnhof berühren. Der Aufenthalt im Süden ist der hohen Frau vortrefflich bekommen und hat den Gesundheitszustand Allerhöchsterseits wesentlich befestigt. Die Kammer nahm heute den Militäretat für 1888/89 einstimmig an. Ferner genehmigte das Abgeordnetenhaus mit 137 gegen 5 Stimmen das Lokalabgeseß in der von den Reichsräthen vorgeschlagenen Fassung, wonach die Zahl der neu zu bauenden Linien von 19 auf 11 reduziert wird. Der Minister Dr. v. Riedel forderte wiederholt zum Maßhalten auf; man solle nicht voreilig zu Werke gehen.

## Schweiz.

Bern, 18. April. Der Bundesrath bewilligte dem Obersten Frey, Gesandten in Washington, die nachgesuchte Entlassung; als dessen Nachfolger ist Dr. jur. Claparède, Legationsrath bei der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin, bestimmt. Der Bundesrath hat die Sozialisten Eward Bernstein, Julius Motzeler, Leonhard Lauscher und Schlüter, sämtlich Mitarbeiter am „Sozialdemokrat“ in Zürich, aus der Schweiz ausgewiesen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. April. Die „Polit. Corresp.“ erfährt, daß die Königin Victoria von England am Montag vom Kaiser Franz Joseph auf dem Zinsbruder Bahnhofe begrüßt werden wird. Beide Majestäten nehmen dort gemeinsam das Frühstück, worauf die Königin nach Berlin weiter reist. Bei der Fortsetzung der Budgetberathung im Abgeordnetenhaus rechtfertigte der Finanzminister v. Dunajewski in längerer Rede die innere Politik des Ministeriums Taaffe. Der Minister erklärte, er seinerseits würde freudig für ein Beamtenministerium eintreten; aber nach den verschiedenen Anschauungen der einzelnen Parteien glaube er nicht, daß ein Beamtenministerium, welches nur die laufenden Angelegenheiten erledige, eine günstige Aufnahme finden werde. Gegenüber der Bemerkung, daß jede slavische Politik eine osteuropäische sei, erklärte der Finanzminister, er sei kein Deutscher, aber seine eigenen Landsleute würden ihm bezeugen, daß Niemand unter ihnen für eine andere als eine westeuropäische Politik und für abendländische Civilisation sei. Der Minister bestritt, daß die Regierung ohne die Deutschen regiere, denn die Majorität der Minister sei deutsch. In der Majorität befänden sich Herren, welche Deutsche seien. Ein Liberaler könne nicht zu einem Konservativen sagen: Du bist nicht deutsch, weil Du Konservativer bist. Die Regierung wolle Niemand bedrängen, sie regiere gegen Niemanden, sondern in dem Sinne, wie es die österreichische Monarchie erheische. Betreffs der äußeren Politik dauere die gegenwärtig maßgebende Richtung neun Jahre. Die auswärtige Bedeutung der Monarchie befestige sich; in dem Bündnisse, worin Oesterreich-Ungarn ein gleichberechtigtes und gleichberechtigtes Mitglied sei, befände sich die Monarchie wohl. Der Minister verwies auf die Erklärung des Führers der böhmischen Nation, daß Böhmen nur in Oesterreich sein Heil finde, daß das Interesse Böhmens mit dem Oesterreichs identisch sei. Wo anders sollten denn die nichtdeutschen Völker Schutz ihrer Sprache, ihrer Individualität und Religion finden, als in Oesterreich? Diesem Oesterreich müssen wir treu bleiben, fest aushaltend alle ohne Unterschied der politischen Richtung. Extreme Richtungen, von welcher Seite sie immer ausgehen, könne keine österreichische Regierung berücksichtigen. Auf Mäßigung und gegenseitiger Achtung beruhe die Existenz dieses Staates.

## Italien.

Rom, 18. April. Seit vorigem Freitag findet in Massanah die Einschiffung der zur Rückkehr nach Italien bestimmten Expeditionstruppen statt. Es sollen vorläufig 250 Offiziere nebst 7 160 Mann und 1 065 Pferde zurückgeschafft werden. Die italienische Presse ist im Ganzen mit diesen Maßnahmen der Regierung zufrieden. Sehr vernünftig äußert sich das neue Militärblatt „Pietro Micca“. Dasselbe führt aus, daß ein Vorrücken der Truppen nach Ailet und Ghinda in der heißen Jahreszeit nichts nützen und die Truppen bloß dezimiren würde. Ein angriffsweises Vorgehen bis nach Asmara würde neue Kriegsvorbereitungen erfordern und mindestens viele Millionen kosten. Das gleiche gelte von einer Expedition nach dem Bogosgebiete und nach Keren. Die nach dem Gejecht von Dogali aufgegebenen Punkte seien wieder besetzt. Italien habe also Genugthuung. Allerdings meint das Blatt, man müsse gegenwärtig das Spezialcorps noch in Afrika belassen, die Blokade streng aufrecht erhalten und dadurch die Schwierigkeiten in Abyssinien vermehren, um den Negus zu bewegen, Frieden zu machen. In der Kammer hält es Bonghi für nothwendig, seine Interpellation betreffs der afrikanischen Politik anstatt am 20. April erst nach Vorlegung des Grünbuchs über die afrikanische Expedition zu begründen. Crispi stellt das Grünbuch für Dienstag in Aussicht; der Tag der Verhandlung der Interpellation ist daher erst in der nächsten Woche festzustellen. Toscanelli interpellirte Crispi über dessen Gespräch mit dem Korrespondenten des „Figaro“. Crispi beantragte eine sechsmonatliche Verschiebung der Interpellation, worauf Toscanelli dieselbe zurückzog.

## Frankreich.

Paris, 19. April. (Tel.) Die boulangistischen Blätter fordern ihre Gesinnungsgenossen auf, sich heute jeder Kundgebung vor der Kammer zu enthalten. Es heißt, Boulanger werde, um Kundgebungen zu vermeiden, sich heute durch die Rue Bourgoque nach der Kammer begeben und nicht über den Kontordiaplaz. Boulanger würde dieses Ziel jedenfalls besser erreichen, wenn er überhaupt den Weg, den er nimmt, geheimhalten wollte. Wie es heißt, wird es sich in der heutigen Kammer Sitzung hauptsächlich darum handeln, ob die Bureau's der Kammer am Freitag die Kommission zur Prüfung der Frage der

Verfassungsrevision ernennen sollen. Ueber die Haltung der Regierung in dieser Hinsicht verlautet noch nichts. — Wie die Zeitungen melden, soll zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein Theil der Garnison konfignirt sein. Das Palais Bourbon wird abgesperrt werden, die Eintrachtsbrücke und alle dahin führenden Straßen werden für den Verkehr gesperrt. — Delouche, Beau und Welhof, Direktionsmitglieder der Patriotenliga, protestiren in einem von ihnen veröffentlichten Schreiben gegen die Wiederwahl Déroulede's zum Ehrenpräsidenten.

Der „Temps“ schreibt: „Man muß gesehen, daß, wenn das Glück des Generals Boulanger seine Hoffnungen und unsere Befürchtungen übertrifft, er durch ein Zusammenwirken ganz besonders günstiger Umstände unterläßt wurde. Die Regierung, welche über seine politischen Untriebe unterrichtet worden ist, ergreift gegen ihn die strengste Disziplinarmaßregel. Wenn sie aber die Kraft hat, ihn zu strafen, so hat sie leider die Schwäche, daß sie nicht zu sagen wagt, warum sie ihn gestraft hat. Sie hat Aktienstücke in Händen, welche die Gefühle und die Haltung des Generals klar zeigen würden, und bringt es nicht über sich, sie der Kammer und dem Lande vorzuweisen; so hat Herr Boulanger den dreifachen Vortheil, verfolgt zu scheinen — mit Mitteln, über welche die Regierung zu erwidern den Anschein hat — und nach einer Untersuchung, deren Resultate nicht zu veröffentlichen man ihm den Dienst erweist. Trotz alledem hat das Cabinet eine seltene Entschlossenheit und Kraft gegenüber einer beunruhigenden Persönlichkeit bewiesen; das war die Gelegenheit für alle Republikaner, die seine Befürchtungen theilen, es zu unterstützen. Diesen Augenblick wählen sie, um es zu stützen, unter dem Vorwande, es besäße nicht genug Ansehen, um eine dringend gewordene Konzentration gegen eine drohende gewordene Gefahr durchzuführen. Dasjenige, welches sie an dessen Stelle setzen, enthält Namen, die einen Theil der Linken überraschen und reizen, und beginnt mit einem Programm, dessen erste Folge ist, die Spaltungen der Kammer auf die Spitze zu treiben, und dessen zweite, der boulangistischen Kampagne, deren Formel es näherungsweise ablehnt, eine unerwartete und entscheidende Verstärkung zu verleihen. Es bekräftigt noch diese Haltung, indem es den Beamten absetzt, von dem es mit Recht oder Unrecht hieß, er habe den General auf frischer That ertappt; es gewinnt übrigens nichts durch diesen Akt der Schwäche; denn der Minister des Innern wird darum nicht minder beschuldigt, das Norddepartement mit seinen geheimen Fonds und Agenten zu überschwemmen. Man sieht demnach, daß das Protektionist-Unrecht hätte, sich das ganze Verdienst des letzten Wahltages zuzuschreiben; die Kammer und die Regierung können den größten Theil für sich beanspruchen.“

#### Großbritannien.

London, 18. April. Das Unterhaus nahm mit 239 gegen 182 Stimmen die Bill an, wonach die Ehe des Mannes mit der Schwester seiner verstorbenen Ehefrau für gültig erklärt wird. — Gladstone kündigte durch die „Daily News“ einen Angriff auf die Budgetvorlage bei Gelegenheit der zweiten Lesung derselben an, und zwar will er ein Amendement beantragen, die aus Todesfällen entstehenden Steuern sollen fortgesetzt werden, so daß Real- und Personalvermögen davon gleichmäßig betroffen werden. — Was die Lokalverwaltungsbill betrifft, so hofft die Regierung dieselbe noch während dieser Woche in zweiter Lesung durchzubringen. Charles Dilke, der Vorgänger Ritchie's im Amte, rühmte in einem liberalen Klub vor Kurzem die jetzige Vorlage, wobei er allerdings meinte, sie sei eigentlich schon vor zehn Jahren als Kreisämterbill liberalerseits eingebracht worden. Tadelnswerth fand Dilke nur die Bestimmungen über die Kontrolle der Polizei, Ritchie's vorgeschlagene Regelung der Londoner Stadtverwaltung glaube er jedoch empfehlen zu müssen.

#### Rußland.

St. Petersburg, 18. April. Das „Journal de Saint-Petersbourg“ wendet sich gegen das in Brüssel erscheinende Börsenblatt „Echo de la Bourse“, welches gemeldet hatte, der russische Finanzminister v. Wischnegradski habe zur Gesetzgeberischen Genehmigung einen Entwurf unterbreitet, wonach künftig anonyme Gesellschaften eine Konzession in Rußland nur unter der Bedingung erhalten werden, daß ihre Aktien im Besitze russischer Unterthanen bleiben. Das „Journal de Saint-Petersbourg“ bezeichnet diese Nachricht als durchaus unbegründet. Ausländische anonyme und andere Credit-, Handels- und industrielle Gesellschaften, welche in ihrem Lande gesetzlich konstituiert und ermächtigt seien, in Rußland Geschäfte zu machen, genießen in Rußland alle ihre Rechte, welches auch die Nationalität ihrer Aktionäre sein möge.

Von der russischen Grenze wird der „National-Zeitung“ von einer Seite, die das genannte Blatt als zuverlässig und wohl informiert betrachten darf, geschrieben, daß die in letzter Zeit von Seite der russischen Heerverwaltung getroffenen Maßnahmen die Kriegsgefahr als gebannt erkennen lassen. Am vergangenen Samstag sind die zweiten Reserven sämtlicher im Generalgouvernement Polen konzentrierten Armeecorps in die Heimath entlassen worden. In Warschau selbst wurde mit der Entlassung der Reserven bereits am Donnerstag begonnen. Das Berliner Blatt schreibt zu dieser Meldung: „Es war aber auch die höchste Zeit! Die Verpflegung der Truppen und Pferde war in den letzten Wochen schon mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft. Forragierungen und Requisitionen in Polen sind in Anbetracht der dortigen Ueberschwemmungen nicht mehr angänglich, die Magazine in Folge des schon seit lange herrschenden mobilen Zustandes nahezu geleert, neue Zufuhren en masse der durch elementare Ereignisse herbeigeführten Verkehrsschwierigkeiten halber nahezu unmöglich. Die Pferde der Kavallerie und Artillerie sind, so trefflich das Material an sich, in heruntergekommenem, abgemagertem Zustande. Mag zum Theil der Umstand daran Schuld tragen, daß die Truppen schon seit geraumer Zeit zu größeren Uebungen konzentriert sind, und erfahrungsgemäß wird zunächst das Pferdmaterial bei solchen Uebungen stark abgenützt, so ist doch als Hauptfaktor der thatsächlich herrschende Forragemangel zu bezeichnen. Für die Armee selbst ist der jetzt herrschende Zustand ein geradezu deprimirender. Die Mannschaften sehnen sich nach der Heimath zurück, niemand glaubt mehr an den Krieg in diesem Jahre, obwohl keineswegs gelehnet werden soll, daß

in allen Schichten der Bevölkerung der Haß gegen Deutschland und Oesterreich ein intensiver ist. Nur das Offiziercorps hegt noch Hoffnungen, daß es bald zum Dreinschlagen kommen wird. Und — charakteristisch genug — Boulanger und der Bonapartismus bilden die Anker ihrer Hoffnungen. Am Samstag Mittag befand sich unser Gewährsmann in einem der bekanntesten Weinrestaurants Warschan's am Casimirplatz. Das Lokal war überfüllt von Offizieren, welche eben vom Exercieren eingerückt waren. Wohl an die hundert theils ergraute, theils jugendliche Marschälle waren da versammelt und von nichts anderem war die Rede, als von Boulanger und seinem bevorstehenden Wahlsiege und von den Bonapartisten. Boulanger würde zum Kriege gegen Deutschland treiben oder nach ihm die Bonapartisten. Zugabe, daß russische Offiziere nicht europäische Politik machen, so bleibt es doch immerhin bezeichnend für die in russischen Offizierskreisen herrschende Strömung, wenn die Aussichten auf Krieg und Avancement, welche durch die Maßnahmen der eigenen Regierung für den Augenblick in Hintergrund treten, durch Ereignisse in Frankreich die gehoffte Verwirklichung finden sollen. Noch dürfen einzelne Angaben, die uns unser Gewährsmann über die Ausrüstung der russischen Truppen machte, von allgemeinem Interesse sein. Die russische Kavallerie trägt a. B. hölzerne Säbelscheiden mit schwarzem Lederbezug. Es hat dies unverständliche Vortheile. Zunächst wird Mann und Pferd dadurch erleichtert, ferner jedes Geräusch beim Patrouillenritt vermindert und schließlich sehen diese Säbelscheiden sehr gut aus. Die leichte Artillerie, welche den Kavalleriedivisionen attached ist, gleicht in Organisation und Equipirung vollständig unseren reitenden Abtheilungen. Nur sind die Geschütze der russischen leichten Artillerie wesentlich länger als die der Feldartillerie, aber gleich kaliberig mit den letzteren, was einerseits deren leichtere Beweglichkeit bedingt, andererseits eine einheitliche Munitionsführung zuläßt. Sämtliche Geschütze sind von Krupp in Essen. Die Infanterie besitzt ein leichtes und solides gearbeitetes Einladergewehr von kleinem Kaliber. Dasselbe wird als gute Waffe bezeichnet.“

#### Serbien.

Belgrad, 18. April. In der heutigen Sitzung der Skupstina kündigte der Finanzminister eine Vorlage wegen Auflösung des Vertrages mit der Tabakmonopol-Gesellschaft an.

#### Badischer Landtag.

\* Karlsruhe, 16. April. 43. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Fortsetzung aus der Beilage.)  
Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte der Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha, ihre Veranlagung zur Einkommen- und zur Gewerbesteuer betr.

Finanzminister Dr. Ellstätter ergreift gleich zu Beginn der Beratung das Wort, da er hoffe, es werde zur Abklärung und Klärung der bevorstehenden Verhandlung beitragen, wenn er schon jetzt die Stellung, welche die Grob. Regierung der vorliegenden Petition und den Anträgen der verehrlichen Kommission gegenüber einnehme, des Näheren darlege. Diese Stellung der Grob. Regierung sei allerdings eine eigenthümliche insofern, als letztere, wenn sie sich auf den prinzipiellen Standpunkt stelle und von der Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung absehe, den Wünschen der Petentin günstiger gegenüber stehe, als dies die verehrliche Kommission thun zu können geglaubt habe. Denn wenn die Feuerversicherungsbank zu Gotha in erster Linie die gänzliche Befreiung von der Einkommensteuer anstrebe, so könne Redner diese Freilassung nur für begründet erachten. Diesen Standpunkt habe die Grob. Regierung i. Zt. bei Beratung des Einkommensteuergesetzes nachdrücklich vertreten, und die Erfahrungen, welche Redner seit der Wirksamkeit jenes Gesetzes zu machen Gelegenheit gehabt, hätten ihn durchaus nicht belehrt, daß es nicht besser gewesen wäre, wenn der Artikel 5 jenes Gesetzes in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen worden wäre. Heute handle es sich allerdings nicht darum, eine Aenderung an dem Einkommensteuergesetze vorzunehmen, und müsse zudem noch abgewartet werden, welche Stellung das andere Hohe Haus zu der von der Petition angeregten Frage der Beiziehung bzw. Nichtbeiziehung nicht physischer Personen zur Einkommensteuer einnehmen werde; wenn Redner nach seinen Beobachtungen annehmen dürfe, daß die Aufassung und Entscheidung, welche die Grob. Regierung stets als die ihrige bezeichnet hat, von der Mehrheit jenes Hauses getheilt werde, so gebe er sich der Hoffnung hin, daß auch in der von der Mehrheit dieses hohen Hauses bisher vertretenen Anschauung eine Aenderung zu Gunsten der regierungseitigen Meinung sich vollziehen werde.

Wenn nun die verehrliche Kommission beantrage, dem Prinzipalgesuch der Wittkellerin keine Folge zu geben, die beiden Eventualgesuche aber der Grob. Regierung empfehlend zu überweisen, so vermöge Redner letzteren Antrag nicht zur Annahme zu empfehlen. Das erste Eventualgesuch stelle der Grob. Regierung anheim, daß sie im Wege der Handhabung des Gesetzes als Bruttoeinnahme nur die definitive Einnahme aus Prämien, d. h. die Prämieeinnahme nach Abzug der Dividende in Betracht ziehen solle; allein mit einer solchen Auslegung des Gesetzes würde demselben offenbar Gewalt angethan werden, da man eben unter Bruttoeinnahme an Prämien nur die thatsächlich eingezahlten Prämien ohne jeden Abzug verstehen könne. Wollte man dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes gerecht werden, so müsse man als Bruttoeinnahme dasjenige betrachten, was als werbender Fond im Vermögen der Gesellschaft sich befinde; als solcher werbender Fond befinde sich aber im Vermögen der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit die Bruttoeinnahme an Prämien; denn wenn auch ein Theil derselben von den Versicherern gezahlten Prämien denselben in Form von Dividenden wieder zurückfließt, so habe die Gesellschaft doch thatsächlich den gesammelten Betrag der eingezahlten Prämien in ihrem Vermögen bis zur Rückzahlung und behalte denselben auch, da sich das Zurückgezählte für das nächste Jahr wieder durch Neu-

einzahlungen von Prämien jeweils ergänze. Die Gegenseitigkeitsversicherungen möchten hierdurch immerhin, was ihre Heranziehung zur Einkommen- und Gewerbesteuer anlangt, schlechter gestellt sein, als die ähnlichen Zwecken dienenden Aktiengesellschaften. Jedenfalls entspreche ihre gegenwärtige steuerliche Behandlung der bestehenden Gesetzgebung; an dieser aber etwas abzuändern, habe die Grob. Regierung bisher keine Veranlassung gehabt, da Beschwerden über die Veranlagung der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit bis heute nicht in die Beschwerdeinstanz gelangt seien; soweit solche Gesellschaften nur den Nettoertrag an Prämien angemeldet hätten, sei ihnen der Bescheid geworden, daß nicht dieser, sondern der Bruttoertrag anzumelden sei, und bei diesem Bescheid habe man sich stets zufrieden gegeben, so daß weder die Steuerdirektion noch das Finanzministerium oder der Verwaltungsgerichtshof in die Lage gekommen seien, hierüber eine Entscheidung zu fällen. Wenn nun heute die Geschäftlerin durch die in dem ersten Eventualantrag bezeichnete unzulässige Auslegung des Gesetzes eine Abhilfe ihrer Beschwerden zu erlangen strebe, so müsse Redner dem gegenüber betonen, daß, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit jener Auslegung, auf dem Wege einer „benigna interpretatio“ nicht zu dem erstrebten Ziele zu gelangen sei, wie denn eine solche in Steuerjahren überhaupt nicht angezeigt erscheinen könne, denn seien alsdann einmal Ungleichheiten in der Behandlung der Steuerpflichtigen nicht zu vermeiden, so werde andererseits die Billigkeit dazu führen, daß man auch den Aktiengesellschaften das Gleiche gewähre; auf diesem Wege werde man aber dann leicht auf eine schiefe Ebene gedrängt, auf welcher es keinen Halt mehr gibt. Kühne hiernach Beschwerden, wie den heute vorgetragenen, nur im Wege der Gesetzgebung abgehoben werden, so sei Redner der Ansicht, daß diese Angelegenheit zweckmäßig nicht in beschränkter Weise zu regeln sei, indem man an die Stelle einer Fiktion eine andere setzt, sondern daß sie rationell nur nach der Richtung erledigt werden könne, daß die Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und die eingetragenen Genossenschaften von der Einkommensteuer ausgenommen werden; der Zeitpunkt hierfür aber werde gekommen sein, wenn die beabsichtigte reichsgesetzliche Neuordnung des Genossenschaftswesens zur Ausführung gelangt sei, da diese wohl auch für die steuerliche Behandlung der Genossenschaften eine maßgebende Bedeutung haben werde. Redner wiederhole zum Schluß, daß die Grob. Regierung der Petition durchaus wohlwollend gegenüberstehe und sich auch mit der empfehlenden Ueberweisung der beiden Eventualanträge in dem Sinne einverstanden erklären könne, daß sie in derselben die Anregung erblicke, dem nächsten Landtage eine Vorlage wegen Abänderung unserer Steuergesetzgebung in der Richtung einer glimpflicheren steuerlichen Behandlung der Gegenseitigkeitsversicherungen zu machen. Redner würde dafür dankbar sein, wenn im Laufe der Diskussion die Herren Redner sich über den Inhalt und die Richtung einer derartigen künftigen gesetzgeberischen Neuordnung des Gegenstandes äußern wollten.

Abg. v. Neubronn: Es schein Niemand im Hause Lust zu haben, der soeben gehörten Aufforderung Folge zu leisten; da in der That zu einer bestimmten Stellungnahme der Zeitpunkt erst dann gekommen sein werde, wenn die Vorlage einmal eingebracht sei, so wolle auch Redner heute nicht auf das Materielle der Frage eingehen, zumal dieselbe auf dem letzten Landtage eingehend erörtert worden sei und verschiedene Meinungen zu Tage gefördert habe. Redners Ansicht gehe dahin, die Kommission habe gut gethan, daß sie den Hauptantrag auf gänzliche Steuerbefreiung nicht empfehlend überweise, wohl aber einer erschwerenden Behandlung der nicht juristischen Personen hinsichtlich der Beiziehung zur Einkommensteuer entgegenstehe; Redner glaube, daß diese Anträge Annahme finden werden, und wenn der Herr Finanzminister es für unthunlich erkläre, im Wege der Handhabung des Gesetzes dem ersten Eventualgesuch, nämlich nur die definitive Einnahme an Prämien zur Besteuerung berechnigt anzuerkennen, stattzugeben, so schein dies Redner für die Petentin günstig zu sein, da alsdann die Grob. Regierung in die Lage versetzt werde, im Wege der Gesetzgebung die erstrebte Abhilfe gegen die jetzt geltend gemachten Beschwerden herbeizuführen.

Abg. Mays: In Artikel 8 des Erwerbsteuergesetzes vom 25. August 1876 sei bestimmt, daß bei Versicherungsunternehmungen, soweit sie nicht auf Gegenseitigkeit beruhen, das Betriebskapital der Bruttoeinnahme an Prämien gleichzustellen sei, welche für Versicherungen im Lande nach mittlerem Stande jährlich bezogen wird; jenen Vorbehalt der Steuerpflicht: „soweit sie nicht auf Gegenseitigkeit beruhen“, habe man damals für selbstverständlich gehalten; damit in Uebereinstimmung habe der Entwurf des Einkommensteuergesetzes der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit wie überhaupt der nicht physischen Personen gar nicht gedacht; die Kommission aber habe auch diese zur Einkommensteuer heranziehen wollen und eine dahin gehende Bestimmung vorgeschlagen; eine Minorität der Kommission und die Grob. Regierung habe sich dagegen ausgesprochen, zumal die vorgeschlagene Bestimmung sich als illusorisch erweisen werde, da nach der Fassung derselben das Gericht eine Gegenseitigkeitgesellschaft sicher nicht für steuerpflichtig erklären würde, insofern dieselbe ein Einkommen überhaupt nicht habe. Darauf hin sei die Majorität weiter gegangen und habe die Aufnahme des Abs. 2 des § 5 B. des Einkommensteuergesetzes herbeigeführt, wonach solche Gesellschaften mit der Maßgabe zur Einkommensteuer heranzuziehen sind, daß als steuerbares Einkommen 5 Prozent des gewerblichen Betriebskapitals der Gesellschaft gelten. Auf diese Weise habe man ein Gesetz geschaffen, welches ein



Zu Gunsten der Ueberschwemmten an der Oder, Weichsel, Elbe:

Am Dienstag den 24. April 1888, Abends halb 8 Uhr, im grossen Museums-Saale

# Grosses Concert

unter gütiger Mitwirkung von

Signorina Teresita Tosti, Mailand; Frau Frida Höck, Karlsruhe; Herrn Hans Schuster, Mannheim; Herrn H. v. Mickwitz, Fräulein Anna Lindner, Herrn J. Scheidt, Karlsruhe.

## Programm:

- |   |  |  |
|---|--|--|
| 1. Sonate in F dur op. 8<br>(Herr Concertmeister H. Schuster, Herr H. v. Mickwitz)  | 8. a. Sonate, A dur<br>b. Menuett<br>c. Venezia e Napoli (Tarantelle)  | Scarlatti.<br>e. Mickwitz.<br>Liszt.                   |
| 2. Arie aus „Der Barbier von Sevilla“<br>(Fräulein Teresa Tosti)  | 9. a. Pourquoi<br>b. Sommerabend<br>c. Persisches Lied<br>d. Der Schmied                                     | Marchesi.<br>Lassen.<br>Rubinstein.<br>Herold-Viardot. |
| 3. Fantasie appassionata H. Vieuxtemps.<br>(Herr Concertmeister H. Schuster)  | 10. a. Albulblatt<br>b. Spanischer Tanz (Zapateado)  | Wagner.<br>Sarasate.                                   |
| 4. Impromptu über Schumann's „Manfred“ für 2 Klaviere<br>(Fräulein A. Lindner, Herr H. v. Mickwitz)   | 11. a. Mir träumte von einem Königskind<br>b. Abendlied<br>c. Der Lenz<br>d. Rothhaarig ist mein Schätzelein | Hartmann.<br>L. Keller.<br>Lassen.<br>V. Lachner.      |
| 5. a. Wem der Herr ein Kreuz schickt<br>(Lieblingslied Sr. Maj. des Deutschen Kaisers.)<br>b. Lehn' deine Wang<br>c. Variationen<br>(Fräulein Teresa Tosti) | 6. Serenade<br>(Frau Höck, Herr Concertmeister Schuster, Herr Musikdirektor J. Scheidt)                      | Proch.<br>Gounod.<br>Brahms.<br>Lassen.<br>Götz.       |
| 7. a. Mainacht<br>b. Allerseelen<br>c. Geheimniss<br>(Frau Frida Höck)  | Zwei Concertfügel: Steinweg, aus dem Lager von Gebr. Trau.   |  |

Die bereits vorgemerkten Karten können in Empfang genommen werden. Reservirte Sitze zu Mk. 6, 5, 4, 3, 2, 50, nicht reservirte Plätze zu Mk. 1.50 werden ausgegeben von

L. Fr. Schuster, Musikalienhandlung, Lammstrasse 2. N.547.1.

## Evang.-prot.-theologisches Seminar der Universität Heidelberg.

Das Sommersemester wird am 26. April eröffnet. Anmeldungen sind bis spätestens 21. April mit den nöthigen Vorlesungs- und Prüfungs-Testaten bei unterzeichneter Direction schriftlich einzureichen.

Die Seminardirection: Professor Dr. Wassermann. N.521.3.

## Badische Militärversicherungs-Anstalt in Karlsruhe.

Freitag den 4. Mai d. J., Nachmittags 3 Uhr, Zwölfte ordentliche Generalversammlung

im Lokal der Anstalt, Amalienstrasse 91. Die Tagesordnung umfasst die in § 17 der Statuten bezeichneten Punkte, ferner Antrag auf Revision der Statuten. Die Mitglieder der Anstalt werden unter Hinweisung auf §§ 10 und 11 der Statuten zur Theilnahme freundlichst eingeladen. Karlsruhe, den 17. April 1888. N.572. Der Verwaltungsrath.

## Pferdezahlverein Karlsruhe in Liquidation.

In der am 15. dieses stattgefundenen letzten Generalversammlung wurde laut notariellem Protokoll, die Schlussrechnung genehmigt und die Auszahlung der Restquote von 21 % des Aktien-Kapitals an die Aktionäre beschloffen. Danach entfallen auf eine einfache Aktie von M. 180.— M. 37.80 und auf eine doppelte von M. 360.— M. 75.60. Die Auszahlung erfolgt vom 15. Mai d. J. an bei Herrn Ch. Müller, Bankier hier, gegen Ablieferung der Aktien nebst Dividendenbogen. Karlsruhe, den 20. April 1888. N.578. Die Liquidations-Commission.

## Spinnerei und Weberei Offenburg.

Die Herren Aktionäre werden zu der am 24. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, im Fabriklokale stattfindenden General-Versammlung

ergebenst eingeladen. Tagesordnung: Die in § 19 der Satzungen, Satz 1-6 aufgeführten Geschäfte. Der Besitz von Inhaber-Aktien kann durch die bekannten Bankhäuser bezw. Korrespondenten des Etablissements bescheinigt werden. Offenburg, den 18. April 1888. N.552. Der Vorstand.

**Franz Christoph's**

**Fussboden-Glanzack**

geruchlos und schnell trocknend

ermöglicht es, Zimmer zu streichen, ohne dieselben außer Gebrauch zu setzen, da der unangenehme Geruch und das langsame flebrige Trocknen, das der Delfarbe und dem Delfack eigen, vermieden wird. Dabei ist derselbe so einfach in der Anwendung, dass Jeder das Streichen selbst vornehmen kann.

Derselbe ist in verschiedenen Farben, gelbbraun, mahagonibraun, grau (deckend wie Delfarbe) und farblos (nur glanzverleiend) vorrätig. Musteranfrage und Gebrauchsanweisungen in den Niederlagen.

**Franz Christoph, Berlin**

(Filiale in Prag)

Erfinder und alleiniger Fabrikant des echten Fussboden-Glanzack. Niederlage in Karlsruhe: Julius Dehn. N.570.1.

## Newyorker Germania, Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Europäische Abtheilung, Leipziger Platz 12, im eigenen Hause in Berlin.

Total-Activa am 1. Januar 1888: M. 55,561,301. Versicherungen in Kraft: M. 185,372,854  
Reiner Ueberschuss einschl. Sicherheits-Capital: „ 4,991,428. Davon in Europa: „ 71,795,936

Die Gesellschaft übernimmt in ihren Policen das volle Kriegsrisico Deutscher, Schweizerischer und Oesterreichischer Wehrpflichtiger, die nicht Berufssoldaten, und aller Militairbeamten, die nicht Combattanten sind, unentgeltlich.

Auch Berufssoldaten werden gegen eine Extraprämie von jährlich 3 % der Versicherungssumme gegen Kriegsgefahr mitversichert.

Die Policen werden nach 3 Jahren unanfechtbar, außer wegen gefährlicher Beschäftigung, Klimagefahr oder wegen nachgewiesenen Betruges.

Billigste Prämien, Dividende bereits nach 2jährigem Bestande. Nähere Auskunft ertheilen

P. Mutter, General-Agent in Freiburg.  
J. L. Meel in Karlsruhe, Marienstrasse 40.  
S. Rubin, Oberkantor in Karlsruhe.

## Vergabung von Eisenbahnbauarbeiten.

Die Großh. Badische Eisenbahnverwaltung beabsichtigt folgende Bauarbeiten in Auford zu geben:

| Abtheilungen   | Erdr-, Fels- und Böschungsarbeiten | Wege- und Bauwerke | Bettungsmaterial | Total     |
|--|------------------------------------|--------------------|------------------|-----------|
| 1. Für die Bahnstrecke Wehr-Deßlingen zwischen den Profilen 94 und 114+50            | 388.000                            | 140.000            | 30.000           | 558.000   |
| 1. die Ausführung der Erd-, Fels- u. Böschungsarbeiten im Ueberschlagswerth von rund | 1.870.000                          | 1.638.000          | 138.000          | 3.646.000 |
| 2. die Herstellung der Wege und Bauwerke im Anschlag von rund                        | 358.000                            | 72.000             | 66.000           | 496.000   |
| 3. das Liefern und Einlegen des Bettungsmaterials im Anschlag von rund               | 416.000                            | 252.000            | 113.000          | 781.000   |
| II. Für die Bahnstrecke Weizen-Zimmendingen  |                                    |                    |                  |           |
| nachstehende 4 Abtheilungen:   |                                    |                    |                  |           |

Bei der Ausführung dieser Arbeiten wollen ihre Angebote auf einzelne oder mehrere Abtheilungen zusammen bis zum 28. April d. J., Vormittags 10 Uhr, portofrei, versiegelt und mit geeigneter Aufschrift versehen bei der Generaldirection der Großh. Badischen Staatsbahnen in Karlsruhe einreichen. Pläne, Ueberschläge und Bedingungen können inwischen jeder Zeit bei der Strecke Wehr-Deßlingen bei der Großh. Eisenbahninspektion Herrsch, bezüglich der 1. und 2. Abtheilung der Strecke Weizen-Zimmendingen bei der Großh. Eisenbahninspektion Stühlingen und bezüglich der 3. und 4. Abtheilung der letztgenannten Bahnstrecke bei der Großh. Eisenbahninspektion Hohlhaus (Blumberg) eingesehen werden. Karlsruhe, den 12. April 1888. Generaldirection der Großh. Badischen Staatsbahnen.

## Bürgerliche Rechtspflege.

N.558.1. Nr. 2449. Wollsch. Das Gr. Amtsgericht hat heute verfügt: Die Erben der Schneider Friedrich Trautwein Eheleute von Schiltach, als: 1. Anna Maria Trautwein ledig in Schiltach, 2. Adolf und Katharina Fieser, vertreten durch ihren Vormund Abraham Fieser in Schiltach, 3. Hilipp Fieser, Metzger in Oberkirch, 4. Elisabeth Wolber, geb. Trautwein in Schiltach, 5. Elisabeth Fieser, Bäuerin in Wasel, 6. Maria Fieser, Bäuerin in Wasel, 7. Georg Fieser, Färber in Wasel, 8. Christian Fieser in America, bestgen auf Gemerkung Schiltach folgende Gegenstände:

- Ein Stück Wiesfeld auf der Aue, neben Tobias Sautter und Georg Trautwein, Gerber.
- Ein Stück Acker- und Wiesfeld im Jellergrund, neben Christian Wilhelm Trautwein und Ludwig Häbner.
- Ein Allmendtheil im Tiefenbach, neben Georg Dieteler und Christian Trautwein, Rathschreibers Witwe.
- Ein Stück Acker im Jellershof, neben Friedrich Haas u. dem sog. Seulaeder.
- Ein ungetheiltes Sechstel an Jellerhochwald.
- Ein Sechstel Acker im Jellersberg, neben Gottlieb Wagner und Christian Trautwein, Alt-Engelwirth.
- Ein Allmendtheil im Blattenberg, neben Mathias Bühler und Wilhelm Wöhrle Witwe.
- Ein Allmendtheil im Gründle, neben Georg Pfau und Friedrich Haas.
- Ein Stück Acker bei der Steinmauer, neben Ludwig Wolber und Christian Aeberle.

Da hierüber keine grundbuchsmäßigen Einträge vorhanden sind, so werden auf Antrag alle diejenigen, welche an diesen Gegenständen dingliche oder auf einem Stamnguts- oder Familiengutsverbande beruhende Rechte beanspruchen, aufgefordert, solche spätestens im Termin vom

Mittwoch den 20. Juni 1888, Vormittags 9 Uhr, anzumelden, widrigenfalls diese Rechte auf Antrag für erloschen erklärt werden würden. Wollsch, den 14. April 1888. Großh. bad. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber: Häufig.

## Vermögensabsonderungen.

N.554. Nr. 1901. Waldshut. Die Ehefrau des Müllers Johann Zimmermann in Horheim, Katharina, geborne Rogau, ist durch Urtheil der I. Civilkammer des Gr. Landgerichts Waldshut vom 5. April 1888, Nr. 1701, für berechtigt erklärt worden, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern.

N.559. Nr. 5512. Eugen. Die Ehefrau des Kaufmanns Anton Reicherger, Luise, geb. Keller in Zimmendingen, wird für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern, und hat letzterer die Kosten zu tragen. Eugen, den 16. April 1888. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: J. Schäffner.

N.546. Nr. 5703. Mannheim. Die Ehefrau des Zimmermanns Johannes Häufel, Karoline, geborne Hirn in Ebingen, wurde durch Urtheil der Civilkammer III des Großh. Landgerichts Mannheim vom 3. April 1888 für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzufordern. Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger andurch veröffentlicht. Mannheim, den 3. April 1888. Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: Dr. Stoll.

## Verm. Bekanntmachungen.

N.579. Karlsruhe. Bekanntmachung. Den Vollzug des Sozialistengesetzes betreffend. Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 sind nachbezeichnete Druckschriften verboten worden, und zwar:

- Von dem Königl. Polizeipräsidium Berlin unterm 10. d. Mts. die nicht periodische Druckschrift: „Sozialdemokratische Bibliothek XXI. Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's.“ Von J. George Occarius. Döttingen-Büch. Verlag der Volksbuchhandlung 1888. (Reichsanzeiger Nr. 95).
- Von der Königl. Regierung in Düsseldorf unterm 11. ds. Mts. das, eine Angabe des Druckers und Verlegers nicht enthaltende, in Elberfeld zur Verbreitung gelangte Flugblatt: „An das Volk!“, beginnend mit den Wor-

ten: „Die jüngsten Maßregeln gegen bekannte Sozialisten beruhen uns“, und endigend: „Es lebe die unbedingliche, unheggbare Sozialdemokratie“ (Reichsanzeiger Nr. 97).

Karlsruhe, den 17. April 1888. Großh. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Eisenlohr. Blattner.

## Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

N.568.1. Karlsruhe. Mit höherer Ermächtigung vergeben wir im Submissionswege

19000 qm 45 mm dicke und 2400 „ 30 „ dicke tannene Dielen.

Angebote sind mit der Aufschrift „Dielen“ versehen schriftlich und versiegelt bis längstens

Dienstag den 1. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, bei der unterfertigten Stelle einzureichen, von welcher auch auf portofreie Anfrage die Bedingungen abgelesen werden.

Karlsruhe, den 17. April 1888. Gr. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

## Bekanntmachung.

N.489.2. Nr. 2665. Fahr. Bei der Auslösung von 2 Stück Theilschuldverschreibungen der Stadtgemeinde Fahr zur Rückzahlung auf das Rechnungsjahr 1888 wurden folgende Nummern gezogen: Nr. 127, 128, 178. Die Beträge können bei der Stadtkasse gegen Rückgabe der Obligationen am 1. Oktober d. J. erhoben werden. Fahr, den 13. April 1888. Der Gemeinderath: F. B. Morstadt. Rezbach.

## Bekanntmachung.

N.536. Nr. 115. Waldshut. Mit höherer Ermächtigung wird gemäß Art. 12 der Landesherlichen Verordnung vom 11. September 1883 das im Konzept aufgestellte Lagerbuch der Gemerkung Weisingen von heute an während vier Wochen im Rathhaus zu Weisingen öffentlich aufgelegt. Etwasige Einwendungen gegen den Inhalt der eingetragenen Beschreibungen der Gegenstände und ihrer Rechtsbeschaffenheit sind mir während dieser Frist mündlich oder schriftlich vorzutragen. Waldshut, den 16. April 1888. Eifele, Bezirksgeometer.

## Ausfindung einer Religionschulstelle.

N.561. Heidelberg. Die israel. Religionschul- und Vorkurschulstelle in Feudenheim, mit welcher ein fester Gehalt von 500 M., freie Wohnung, Schulgeld und sehr ansehnliche Gehälter verbunden sind, ist auf 1. August l. J. neu zu besetzen. Berechtigter Bewerber wollen ihre mit Zeugnisabschriften belegten Meldungen binnen 14 Tagen anher gelangen lassen. Heidelberg, den 18. April 1888. Bezirks-Synagoge Ladenburg. Dr. Sondheimer.

## Wein-Versteigerung

N.563.1. Karlsruhe. auf Hof Ansbach bei Achern. Mittwoch den 25. d. M., Vormittags 11 Uhr, läßt Frau Du Faub durch den Unterzeichneten ihre selbstgezoogenen Weine:

- 73 Hektoliter (Affenhofer 1887r)
- 33 „ Weiswein und Ansbacher 1887r
- 33 „ Weiswein

öffentlich versteigern. Ansbach, den 18. April 1888. N.563.1. Dermann Sörger.

## Eine Kapselmaschine

N.563.1. Karlsruhe. und ein Eisenwerk zu kaufen gesucht. Gest. Offerten unter Chiffre B. D. an die Expedition d. Bl. N.563.1.

(Mit einer Beilage.)